



## **Offener Brief an die Vorstände der Regierungsparteien SPD, B90/Die Grünen und FDP**

*Göttingen, den 16. Oktober 2024*

### **Besuch des Bundeskanzlers in der Türkei: Wir brauchen eine ehrliche Debatte über Deutschland Unterstützung für Erdogan und den Islamismus**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Bundeskanzler Olaf Scholz am 19. Oktober 2024 in Istanbul zu einem Gespräch mit dem türkische Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zusammentrifft, werden Russlands Krieg gegen die Ukraine, die Lage im Nahen Osten, Migration sowie bilaterale und wirtschaftspolitische Themen besprochen. Mit ihrem Fokus auf kurzfristige geopolitische Fragen wird die Bundesregierung einmal mehr den größeren Kontext ignorieren, dem türkischen Machthaber nach dem Mund reden und ihm alles geben, was er verlangt. Damit wird der Bundeskanzler Deutschland und Europa einen Bärendienst erweisen. Er wird die fortschreitende Destabilisierung des Nahen Ostens hinnehmen, Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Region untergraben und Europa erpressbar halten.

#### **Spendenkonto**

Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70  
BIC: BFSWDE33HAN

#### **Geschäftskonto**

Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17  
BIC: NOLADE21GOE

#### **Eingetragener Verein**

Eingetragen im Vereinsregister  
des Amtsgerichts Göttingen  
Vereinsregister Nr. 1804



Olaf Scholz wird Erdoğan nicht auffordern, seine fast täglichen völkerrechtswidrigen Angriffe, u.a. mit Kampfdrohnen, auf Kurden im Nachbarland Syrien einzustellen und seine Truppen von dort abzuziehen. 1,5 Millionen Menschen mussten aufgrund dieser türkischen Aggression bereits fliehen. Hunderttausende Menschen, die noch in ihrer Heimat ausharren, denken über eine Flucht nach Deutschland und Westeuropa nach.

Olaf Scholz wird Erdoğan nicht auffordern, seine [Unterstützung für sunnitisch-islamistische Gruppen oder Milizen](#) einzustellen. Während der Iran schiitische Islamisten finanziert und bewaffnet, unterstützt die Türkei gemeinsam mit Katar weltweit sunnitische Islamisten. Diese gefährden das friedliche Zusammenleben in Deutschland und ganz Europa, während der überall spürbare rechtsextreme Backlash Millionen von Muslimen bedroht, die hier friedlich leben. Der Bundeskanzler unterstützt durch seine Unterwürfigkeit Erdoğan's Instrumentalisierung der Religion zur Durchsetzung machtpolitischer Ziele und zur Ablenkung von eigenen Problemen. Olaf Scholz wird Erdoğan nicht auffordern, seine politischen Gefangenen freizulassen – weder kurdische Politiker wie Salahattin Demirtas, noch die Tausenden anderen, die Erdoğan seit Jahren zu Unrecht im Gefängnis hält, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dies seit langem anprangert.

Da keine Hoffnung besteht, dass der Bundeskanzler Menschen- und Minderheitenrechte einfordern oder den anhaltenden Krieg der Türkei gegen Kurden und andere Minderheiten in Syrien auch nur ansprechen wird, fordern wir die Vorstände der Ampelparteien SPD, B90/Die Grünen und FDP sowie alle Mitglieder dieser Parteien auf, endlich eine offene und ehrliche Debatte über Deutschlands Umgang mit Erdoğan's Politik und dem von ihm weltweit unterstützten sunnitischen Islamismus zu führen.

Diese dringend notwendige Debatte wird immer wieder mit der Behauptung unterbunden, die Türkei wäre geopolitisch zu wichtig, um sie zu kritisieren. Doch gerade wegen der geopolitischen Bedeutung der Türkei müssen Deutschland, die Europäische Union und die NATO ihr Partnerland zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage bewegen. Denn die ungelöste Kurdenfrage ist die Achillesferse der Türkei. Ihre Lösung würde aus einer strategischen Schwäche eine Stärke machen!

Deutschland, die EU und die NATO sollten deshalb die Türkei ermutigen, die Kurdenfrage zu lösen und einen historischen Ausgleich mit der kurdischen Bevölkerung innerhalb und außerhalb der Türkei zu finden. Eine solche Lösung würde Krieg, Gewalt und Terrorismus beenden oder zumindest stark reduzieren. Unter Krieg und Gewalt leiden nicht nur Türken und Kurden, sondern auch zahlenmäßig kleinere Volksgruppen und Religionsgemeinschaften wie Assyrer/Aramäer, Armenier, Christen, Aleviten oder Yeziden. Eine Lösung der Kurdenfrage käme auch der weiteren Demokratisierung der Türkei und der Verbesserung der Menschenrechtsslage zugute.

Die Lösung der Kurdenfrage würde zudem das Ansehen der NATO in ihren Mitgliedsländern verbessern und die Glaubwürdigkeit des Bündnisses stärken. Denn viele Menschen werfen dem Bündnis vor, mit zweierlei Maß zu messen: „Während die NATO hier und da auf das Völkerrecht pocht, schweigt sie zu Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen ihres eigenen Mitglieds Türkei“. Um den Konflikt mit den Kurden zu lösen, muss die Türkei daher in einen echten Dialog mit den Kurden innerhalb und außerhalb der Türkei treten, auch mit der PKK.

Ein Ende des Konflikts wird nicht nur dazu führen, dass Hunderttausende von Menschen in ihrer Heimat bleiben, sondern auch dazu, dass Millionen, die ihre Heimat bereits verlassen haben, zurückkehren können. Dies kann den Migrationsdruck auf Deutschland und Europa lindern.

Eine Lösung der Kurdenfrage würde zudem den Kampf gegen den Islamismus deutlich stärken. Denn die kurdische Freiheitsbewegung ist die Speerspitze im Kampf nicht nur gegen den „Islamischen Staat“ (IS), sondern auch gegen andere islamistische Milizen und Gruppierungen sunnitischer und schiitischer Prägung im Nahen Osten.

Wir sind der Meinung, dass eine offene und ehrliche Diskussion über den Umgang mit Erdoğan, dem Islamismus und den oben erwähnten Fragen auch im Interesse von SPD, Grünen und FDP ist, die gerade bei verschiedenen Wahlen abgestraft werden.

In diesem Sinne wünschen wir uns von den Regierungsparteien eine neue Politik im Umgang mit Erdoğan und dem Islamismus, eine neue Türkeipolitik, die sich auch an den Menschen- und Minderheitenrechten orientiert.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Kamal Sido

Referent für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten

*Kopie*

*an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages*

*und an die Medien im In- und Ausland*